Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsni

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 56 || **Donnerstag, den 7. März 1929** || **81. Jahrgang**

Das Wichtigste

Reichswirtschaftsminister Curtius ist an einer leichten Grippe erkrankt und muß einige Tage das Bett hüten.

Thea Rasche ist am Mittwoch aus Deutschland in New-York eingetroffen. Sie hofft, wie sie bei ihrer Ankunft erklärte, in diesem Jahre einen Transatlantikflug durchführen zu können.

Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Sangesur in Armenien, ist ein Gebirgsdorf durch einen Bergsturz verschüttet worden. Dreizehn Bauern wurden getötet, vierzehn verletzt.

Die mexikanische Regierung gibt bekannt, daß die Aufständischen auf allen Fronten im Rückzuge begriffen sind.

Der Reichstag hat das Wort!

Bemerkungen zum Reichshaushalt 1929.

Nachdem die neuen Steuern, denen die um ihre Existenz schwer ringende deutsche Wirtschaft mit gemischten Gefühlen entgegensieht — bedeuten sie doch eine außerordentliche neue Belastung —, vom Reichsrat angenommen worden sind, wird sich nunmehr der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt am 13. März mit dem Reichshaushalt 1929 beschäftigen müssen. Die Reichsregierung wird eine Doppelvorlage zum Etat einbringen, da sie sich nicht mit der Stellungnahme des Reichsrats in allen Punkten einverstanden erklären kann. Der Reichsetat, der eine Gesamthöhe von 9 825 300 000 Rm. erreicht, hat ein Defizit von 797,1 Millionen. Hier spiegelt sich die Not der deutschen Reichsfinanzen wider, die unter den Milliardenlasten der Reparationen keinen Aufschwung nehmen können. Das wirtschaftlich und finanziell daniederliegende Deutschland kann sich keine großen sozialen oder „luxuriösen" Sprünge mehr erlauben, und im Reichstag wird nunmehr die große Sparmaschine einsetzen müssen, um noch größere Abstriche am Etat vorzunehmen.

Die Kassenlage des Reiches macht allen Parteien und der Reichsregierung ernsteste Sorgen. Ultimo März werden der Reichskasse erheblich mehr als 1 Milliarde greifbare Mittel fehlen. Davon kann nur eine halbe Milliarde durch Schatzwechsel und Reichsbankkredit beschafft werden. Für den größeren Rest muß das Reich kurzfristige Darlehen zu bekommen suchen, wo es kann. Wir sind jetzt tatsächlich so weit, daß über die zulässigen Betriebskredite hinaus die gesamten offenen Anleiheermächtigungen im Wege kurzfristigen Kredits voll flüssig gemacht werden müssen. Zwar ist im Reichsrat eine etwaige Mithilfe von Länderseite zur Ueberwindung des Quartalswechsels angeboten worden, und es ist empfohlen worden, alle Reichsbehörden zu ersuchen, im März mit Rücksicht auf die verzweifelte wirtschaftliche Lage jede irgendwie verschiebbare Ausgabe über den 1. April hinaus zu verschieben, aber trotzdem bleiben die Sorgen des Reichsfinanzministers für den 1. April sehr groß.

Das Erfordernis der Stunde ist brutale Sparsamkeit bei allen deutschen Ministerien, bei den Behörden, den Ländern, den Städten und Gemeinden. Vielleicht läßt sich dann das Reichsdefizit noch etwas vermindern. Hier kann der Reichstag etwas ausrichten. Unser armes Land muß sich eben unter der Geißel der Reparationen auf das äußerste in seinen Ausgaben beschränken. Ist es nicht furchtbar, daß die neuen erhöhten Steuern (Biersteuer, Erbschaftssteuer, Vermögenszuwachssteuer) eine sichere Deckung der Reichsausgaben nicht darstellen, daß es sich nach den Ausführungen Dr. Brechts im Reichsrat trotz der hohen neuen Steuern nur um eine vorläufige Balance des Reichshaushalts mit der Gefahr eines neuen Fehlbetrags handelt? Dazu kommt die bedauerliche Kürzung der Steuerüberweisungen an die Länder, über deren große Verwaltungsaufgaben man sich klar sein sollte. Es ist eine Verschleierung unserer wahren wirtschaftlichen Notlage, wenn das dem Reich drohende Defizit auf die Länder abgewälzt wird. Zu den notwendigen Aufgaben der Länder und Gemeinden gehören: 1. Das Schulwesen mit 1,75 Milliarden; 2. die Justiz mit 0,25 Milliarden, 3. die Polizei (über den Reichszuschuß hinaus) mit 460 Millionen, 4. allgemeine Wohlfahrtspflege mit 1,5 Milliarden, 5. Wohnungs- und Siedelungswesen mit 0,75 Milliarden, 6. Straßen- und Verkehrswesen mit 700 Millionen, zusammen also mit 5½ Milliarden im Jahr, eine Summe, die wesentlich größer ist als die allgemeinen Steuerüberweisungen von 3,2 Milliarden. Das sind doch alles keine Luxusausgaben, die die Länder zu bestreiten haben. Aber es ist eben so weit bei uns gekommen — auf Grund der Daweslasten —, daß wir die Hilfsmaßnahmen in sozialer Beziehung oder zur Stützung der Wirtschaft, der Industrie, des Handels oder der Landwirtschaft, des Handwerks und Gewerbes auf das äußerste beschneiden müssen. Ist es nicht ein warnendes Menetekel für unsere Wirtschaftslage, daß die Invalidenversicherung sich aus eigenen Mitteln nicht erhalten kann, sondern Millionendarlehen vom Reiche anfordern muß?

Der Reichsrat hat schon geschrieben: 2,7 Millionen beim

Die große Minderheitenaussprache in Genf eröffnet

Der deutsche Reichsaußenminister spricht vor dem Völkerbundsrat

Chamberlin und Briand gegen Stresemann — Die Berliner Presse zur Minderheitenaussprache in Genf — Die Aufnahme der Stresemann-Rede in der Berliner Presse — Die Lage in Genf verworren

Genf. In der riesigen Versammlung, die den großen Glassaal bis auf den letzten Platz füllte, wurde die Aussprache über die Minderheitenfrage durch den kanadischen Ratsvertreter Dandurand eingeleitet. Er verlas sein Minderheitenmemorandum, in dem er von dem Standpunkt ausgeht, daß die Minderheitengarantien nicht dazu geschaffen seien, ein Aufschlucken der fremden Volksteile vorzubereiten, sondern bezweckten, das Zusammenleben verschiedener Rassen in kultureller und ethnologischer Freiheit zu gewährleisten.

Stresemanns Zwanzig-Minuten-Rede.

Am Mittwoch mittag kam Dr. Stresemann zu Wort. Er las in deutscher Sprache deutlich verständlich. Er schilderte die moralische Notwendigkeit des Minderheitenschutzes, hielt sich im praktischen Teil innerhalb der Vorschläge von Dandurand und gipfelte in einem Vorschlag auf Schaffung einer besonderen Studienkommission, die so zusammengesetzt wäre, daß sie über die notwendige Autorität und Sachkunde verfügt. Sie müßte eine angemessene Zeit zugewiesen erhalten, um ihren Bericht zu erstatten. Die Rede dauerte zwanzig Minuten. Es folgte die Uebersetzung ins Französische. Die Ratsmitglieder, die fast alle der deutschen Sprache mächtig sind, hörten mehr oder weniger interessiert zu. Zaleski setzte seine bekannte hochnäsige Miene auf.

Die Vorschläge des Reichsaußenministers.

Dr. Stresemann gab einen Rückblick auf die Behandlung der Minderheitenprobleme und kam zu dem Schluß, daß die Feindschaft zwischen den Völkern dadurch viel schneller beseitigt werden könnte, wenn jene Volksteile, die zu einem anderen Lande gekommen seien, sich gegen ungerechte Behandlung und Unterdrückung geschützt wüßten. Dem Völkerbund sei seinerzeit die Pflicht auferlegt worden, die Unantastbarkeit der Schutzbestimmungen für die Minderheiten zu garantieren. Der Völkerbund hätte aber auch die Pflicht, sich von der fortdauernden Durchführung der Schutzbestimmungen zu vergewissern. Leider seien Theorie und Praxis hier nicht miteinander in Einklang zu bringen, und es sei eine unleugbare Tatsache, daß die Minderheiten in schwerer Sorge um ihr kulturelles Schicksal seien. Durch diese Enttäuschungen sei die scharfe Kritik an den Einrichtungen des Völkerbundes nur allzu leicht verständlich. Man habe im Völkerbund über den Zweck der Minderheitenschutzbestimmungen und den Zweck der Garantie des Völkerbundes zu deuteln versucht und es ruhig mit angesehen, daß die Minderheiten langsam überhaupt verschwinden und in die Mehrheit der Staatsbevölkerung aufgehen. Das widerspreche entschieden dem Gedanken, daß

der Minderheitschutz ein dauernder und nicht nur ein vorübergehender Schutz

sein solle. Es sei unbedingt notwendig, daß sich der Völkerbund darüber klar werde, wie er sich fortlaufend über die Lage der Minderheiten unterrichten könne. Es sei unbestreitbar, daß die Zugehörigkeit zu einer Minderheit nicht im Gegensatz zur Erfüllung der allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten stehe. Werde diese aber anerkannt, so könne man es nicht als eine unzulässige politische Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates ansehen, wenn ein Land sich für die Minderheiten in einem anderen Lande interessiere. Daraus dürfe man nicht gleich die Folgerung ziehen, daß das Minderheitenrecht dazu führen könne, eine Irredenta-Bewegung herbeizuführen.

Dr. Stresemann faßte seine Ausführungen schließlich dahingehend zusammen,

daß er vorschlug:

1. **Besserung des normalen Verfahrens bei der Behandlung von Petitionen,**
2. **Hinzuziehung der beteiligten Nationen,**
3. **Prüfung der Garantiepflicht des Völkerbundes,**
4. **Klärung der grundsätzlichen Seite der Völkerbundgarantie.**

Als bestes Mittel zur Bewältigung dieser Arbeit schlug Dr. Stresemann die Einsetzung einer besonderen Studienkommission vor, die über die notwendige Autorität und Sachkunde verfügt und der zugleich die Möglichkeit geboten werden müsse, alle bei dem Problem in Betracht kommenden Gesichtspunkte geltend zu machen.

Die Rede Dr. Stresemanns klang in einer scharfen Kritik aus, als er erklärte, daß der Völkerbund sich selbst aufgeben würde, wenn er die Grundsätze aufgebe, von denen er bei Annahme des Minderheitenschutzes ausgegangen sei.

Nach der englischen Uebersetzung der Stresemann-Rede wurde die Sitzung auf drei Stunden unterbrochen. Danach gab Zaleski als Sprecher der Gegenpartei eine Erklärung ab.

*

Der frühere Staatssekretär der Vereinigten Staaten Eliou Root, der zur Zeit in Genf weilt, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes und verschiedenen Ratsmitgliedern einen Vorschlag unterbreitet, den Vereinigten Staaten zum internationalen Berichter im Haag die Wege zu ebnen.

Auch Briand lehnt Stresemanns Vorschläge ab

Genf, 6. März. Im weiteren Verlauf der Aussprache des Rates ergriff der französische Außenminister Briand das Wort zu einer längeren Rede, in der er jegliche Aenderung des gegenwärtigen Standes des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund ablehnte, falls hierdurch die Souveränität der Staaten und die Angleichung der Minderheiten an die Mehrheitsvölker in Frage gestellt würde. Briand ging von der Feststellung aus, daß der Völkerbund niemals versucht habe, sich seinen Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten zu entziehen. Der Völkerbund habe jedoch über alle Erwägungen den Schutz der nationalen Souveränität der Staaten zu stellen. Dieser Grundsatz habe allen anderen voranzugehen. Die große Schwierigkeit, in der sich der Rat befinde, sei die Aufrechterhaltung sowohl dieses Grundsatzes als auch der den Minderheiten gewährten Rechte. Stresemann habe in einer philosophischen Rede ein sehr weitgehendes Ideal vorgeschlagen, während Chamberlain eine Art mehr praktisch gerichteter Auffassung vertreten habe. Man müsse jedoch dem Rechnung tragen, daß der Völkerbund es mit der traurigen Wirklichkeit und nicht mit dem Ewigen zu tun habe. Es sei nicht Aufgabe des Völkerbundes, sich hier mit der Ewigkeit zu befassen. Er zweifle nicht daran, daß die Verteidigung der Minderheitenrechte von ehrlichen Absichten ausgehe, aber Menschen bleiben immer Menschen. Es gebe aber Menschen, die einen verachtungswürdigen und sonderbaren Geschmack in der Politik hätten und es als ihre Aufgabe ansehen, die Minderheiten fortwährend aufzuhetzen, statt sie zu beruhigen. Dies diene nicht dem Weltfrieden, da hierdurch nur ein Block von Unzufriedenen geschaffen werde.

Auch Chamberlain gegen Stresemann

Genf, 6. März. Die große Aussprache im Völkerbundsrat über die Minderheitenfrage am Mittwoch nachmittag nahm einen sehr lebhaften Verlauf. Die Vertreter Polens und Rumäniens lehnten in Form von Gegenanträgen die deutschen Vorschläge grundsätzlich ab. Großes Aufsehen erregte die außerordentlich schroffe Weise, in der der englische Außenminister Chamberlain sich im Gegensatz zu dem Geist und Inhalt der Rede Stresemanns stellte und sich vorbehaltlos dem polnischen und rumänischen Standpunkt anschloß unter völliger Mißverkennung der ganzen Tragweite der Minderheitenfrage für den Völkerbund und den europäischen Frieden.

Die Berliner Presse zur Minderheitenaussprache in Genf

Berlin, 7. März. Zu der Minderheitenaussprache in Genf nehmen vorläufig nur wenige Blätter ausführlich Stellung. Die Deutsche Allgemeine Zeitung sagt, es sei im gewissen Sinne ein historisches Ereignis, daß Deutschland vor der internationalen Weltöffentlichkeit als ein Anwalt der großen und unaufhaltsamen Idee der kulturellen Gleichberechtigung und der Gerechtigkeit auch gegenüber den Schwachen und Bedrückten aufgetreten sei. Der Börsenkurier schreibt, der moralische Erfolg der deutschen Verteidigung festgelegter Minderheitenrechte könne schon heute